

GIORGIO SCHERRER (TEXT),
ANNICK RAMP (BILDER)

Heute hat Beatrice Tolen die Welt nicht gerettet. Das sagt sie zumindest. Stattdessen hat sie eine psychisch kranke Frau besucht, die ihr Geld für Zalando-Päckchen ausgibt, bis ihr fast nichts mehr bleibt. Sie hat eine alte Kampfsportlerin getroffen, die überfordert ist mit Papieren und Wohnungssuche.

Und dann war da noch die Visite bei einem ehemaligen Heimkind, das seit Jahren Sozialhilfe bezieht und gerade um Hunderte von Franken geprellt wurde. Sie hat mit ihnen über Schulden und Wohnungssuche, Vorladungen und Therapien gesprochen. Mit ihrem ruhigen, gefassten Gesicht, aus dem manchmal plötzlich ein quirriges Lachen bricht. Und mit ihrem Klemmbrett, auf dem sie die vielen Probleme ihrer Klientinnen und Klienten in Mind-Maps fasst. Kreis um Kreis, bis sie an den Rand des Blattes gelangt.

Beatrice Tolen ist 58, Sozialarbeiterin und professionelle Beiständin. Im ländlichen Bezirk Pfäffikon im Zürcher Oberland kümmert sie sich um jene, die ohne sie am Leben scheitern würden.

Die Beistandschaft ist der stärkste staatliche Eingriff ins Privatleben, den es in der Schweiz gibt. Gemessen an der Bevölkerung sind heute so viele wie noch nie davon betroffen: 14 von 1000 Erwachsenen, 50 Prozent mehr als noch vor 30 Jahren. Wann eine angeordnet wird, entscheidet die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb). Im Alltag bestimmen dann Beistände wie Tolen, welche Rechnungen bezahlt, welche Wohnungen bezogen, welche Ausgaben getätigt werden können. Jeden Tag, in Hunderten kleinen Momenten, entscheiden sie darüber, wann der Staat einen Menschen vor sich selbst schützen darf – und wann nicht.

Helfen, bis sie sich schadet

Wenn es Anna Müller* schlechtgeht, füllt sie die Leere mit Zalando. Sie bestellt Kleider und Schuhe, Schmuck und Deko. Sie bestellt, bis sich in ihrer Wohnung die Pakete stapeln. Bis ihr Konto leer ist und ihr Briefkasten voller Mahnungen, die sie nicht öffnet. Sie beschenkt die Leute um sich herum. Hilft anderen, schadet sich selbst. «Ich vergesse mich», sagt sie. «Ich weiss nicht mehr, wo ich aufhöre und die anderen beginnen.» Wie ein Haus mit herausgerissenen Türen fühle sie sich dann. Eines, in das jeder und jede hineinkönne.

Jetzt sitzt Müller, 41, auf einem Korbstuhl vor ihrer Wohnung, einer umgebauten Garage im Erdgeschoss eines Mehrfamilienhauses, wenige Quadratmeter gross. Ein Rabe sitzt neben ihr, ein Papagei, ein Eisbär. Müller mag Tierfiguren, Goa-Musik und Verschwörungstheorien, die sie sich zur Unterhaltung auf Youtube anschaut.

Vor ihr sitzt Beatrice Tolen, ihre Beiständin. Wenn Müller erzählt, sie helfe einem nahen Angehörigen, seine Schulden abzuzahlen, sagt Tolen: «Wahnsinn, was Sie alles für ihn tun. Das ist viel Arbeit.» Wenn Müller erzählt, der Betroffene sehe das komplett anders, sagt sie: «Es tut mir weh, das zu hören. Stimmt es denn für Sie?» Wenn Müller Ja sagt und nebenbei erwähnt, ihr blieben noch 500 Franken pro Monat für Kleider und Lebensmittel, sagt sie: «Wir haben noch Coop-Gutscheine von der Winterhilfe.»

Tolen redet mit ihrer Klientin wie mit einer Schwester: mit der Selbstverständlichkeit einer Person, der man nahe ist, ohne dabei eine Wahl zu haben. Eigentlich könnte sie noch mehr tun: Sie könnte bei der Kesb beantragen, Anna Müller die Handlungsfähigkeit zu entziehen. Dann könnte sie kein Geld mehr verschenken, keine Zalando-Päckchen mehr bestellen. Der Antrag hätte gute Chancen. «Ich weiss: Sie hätten das schon oft tun können», sagt Müller zu ihrer Beiständin. Aber Tolen tut es nicht. Weil ihre Klientin es nicht will. Und weil sie nur dann etwas gegen ihren Willen tut, wenn es nicht mehr anders geht. «Wir haben Macht, viel Macht», sagt sie. «Aber am Ende sind wir für die Klienten da, für niemanden sonst.»

Anna Müller verliert diese Macht über ihr Leben, als sie 24 ist. Damals versucht sie das erste Mal, sich das Leben zu nehmen. Es ist das Ende einer langen Abwärtsspirale.



Beatrice Tolen ist 58, Sozialarbeiterin und professionelle Beiständin.



Anna Müller hat ihre Eltern seit Jahren nicht gesehen.

Ohne diese Frau würden manche am Leben scheitern

Arme, Süchtige und psychisch Kranke erhalten immer öfter eine Beiständin wie Beatrice Tolen. Sie entscheidet jeden Tag, wann der Staat jemanden vor sich selbst schützen darf – und wann nicht



Natur und Sport geben Petra Stutz im Alltag Sicherheit.



Sandro Rosas Budget reicht jeweils bis am 19. des Monats.

Keine schöne Kindheit habe sie gehabt, sagt Müller. Schläge, Alkohol, ruhelose Nächte. Aber sie wolle niemandem die Schuld für das geben, was danach kam: ihr eigenes Alkoholproblem, ihre Wutausbrüche, ihre Essstörung, der Zusammenbruch. Und schliesslich die psychiatrische Diagnose: Borderline. 15 Jahre habe sie gebraucht, um sich einzugestehen, dass sie eine Krankheit und ein Suchtproblem habe, sagt Müller. 15 Jahre, in denen sie zunächst ihren Job verlor und dann von Einrichtung zu Einrichtung wanderte: Psychiatrie, Wohnheim, begleitetes Wohnen. Bis sie schliesslich eine eigene Wohnung bekam.

Stets begleitet von einem Beistand oder einer Beiständin, seit vier Jahren von Beatrice Tolen. Die darf für ihre Klientin einen Mietvertrag unterschreiben und hat die Verfügungsgewalt über Müllers Konto, auf das eine Invalidentrente samt Ergänzungsleistungen überwiesen wird. Daraus zahlt sie Miete und Krankenkasse. Und doch sagt Müller: «Ich habe nicht das Gefühl, eine Nummer zu sein, abgestempelt und schubladiert.» Andere Beistände hätten sie ausgeschimpft, ihr ins Gewissen geredet, sie gedrängt, anders zu leben. «Aber ich bin halt eine Spezielle», sagt Müller. «Wenn man mich an die Leine nimmt und in eine Richtung zieht, ziehe ich in die andere.» Das weiss Tolen. Ihr häufigster Satz bei diesem Besuch ist: «Es liegt an Ihnen – das entscheiden Sie.»

Doch Müllers Wünsche ändern sich oft. Verkäuferin im Brocchi wolle sie werden, sagt sie. Oder Floristin. Oder doch Fotografin? «Schritt für Schritt», sagt Tolen. «Es geht nicht von heute auf morgen.» Erst einmal regelmässig die Post öffnen, die Zalando-Pakete zurückschicken – und ein Bewerbungsdossier zusammenstellen. Für ihre Zukunft wünscht sich Anna Müller, was sich die meisten wünschen: schöne Reisen, Arbeit, Liebe. Seit Jahren, sagt sie, habe sie ihre Eltern nicht gesehen. Über Whatsapp frage sie manchmal, wie es ihnen gehe. «Aber es kommt nie eine Frage zurück.»

Angst vor der Autonomie

Es ist lange her, dass Petra Stutz* ihrem Arzt den Kiefer gebrochen hat. 32 Jahre, um genau zu sein. Damals, mit 39, ist Stutz halbproufessionelle Kampfsportlerin, daneben arbeitet sie in einem Ingenieurbüro. Dann kommt der Aggressionsschub, verbunden mit einem Suizidversuch. «Ich war in der Klinik, immer wieder», sagt Stutz. «Ich war viel fixiert, ans Bett gefesselt.» Gewalttätig sei sie gewesen, verletzte sich und andere – etwa jenen Psychiater, dem sie mit einem Faustschlag den Kiefer brach. Eine schwere psychische Störung wurde bei ihr diagnostiziert.

Heute ist Petra Stutz 71, eine zierliche Frau, braungebrannt, mit farbigen Bändern in den weissen Haaren. Zögerlich betritt sie das Sitzungszimmer, in dem ihre Beiständin Beatrice Tolen sie empfängt. Sie setzt sich, öffnet langsam ihre Tasche und nimmt sanft ein goldenes Glöckchen hervor. «Ein Geschenk», sagt sie und legt es sorgfältig vor Tolen.

Das Glöckchen hat Stutz aus Japan mitgebracht. Dort war sie gerade in den Ferien, für drei Wochen. Ohne Mobiltelefon, ohne Gefährten, ohne Hilfe. Immer wieder orientierungslos, verzweifelt. «Dann habe ich den Rucksack auf den Boden geschmissen und geschrien», sagt sie und macht mit beiden Händen eine knochige Faust. Aber am Ende hat sie es heil zurückgeschafft. Tolen sagt: «Es war sicher nicht alles schlecht. Ich bin stolz auf Sie!»

Petra Stutz hat die ersten Kindheitsjahre als Kind zweier Schweizer in Kongo verbracht. Dann kam sie zurück, die Familie folgte dem Arbeitsort des Vaters. Fragt man sie nach der Beziehung zu ihm, wird ihre klare Stimme leise, ihr kräftiger Körper zitterig. «Schwierig», sagt sie dann und weint. Was damals genau geschah, darüber spricht sie bis heute nicht. Vor ein paar Jahren ist ihr Vater gestorben. Sein Erbe wollte sie ausschlagen. «Von ihm möchte ich gar nichts», sagte sie. Doch Tolen, ihre Beiständin, sah es anders.

Sie griff ein – weil es, wie sie sagt, nicht anders ging. «Auf ein kleines Vermögen zu verzichten, kann einschneidende Folgen haben. Gekürzte Sozial-

leistungen, finanzielle Probleme. Das konnte ich nicht zulassen.» Sie nahm das Erbe im Namen ihrer Klientin an. Die konnte sich damit die lang ersehnten Japan-Ferien finanzieren. Von denen erzählt Frau Stutz zuerst viel Negatives. Erst als Tolen nachbohrt, berichtet sie vom anderen: von den magischen Momenten im Zen-Garten, dem Essen, den Zügen, den Leuten. Und gibt mit leichtem Lächeln zu: «Doch, es war oft sehr schön.»

Es ist, als brauche Frau Stutz eine Erlaubnis, um glücklich zu sein. Eine, die Tolen ihr immer wieder gibt. Sie spricht mit ihr wie ein Coach mit einer Athletin: «Sie wissen, was Ihnen guttut!» – «Holen Sie sich Hilfe!» – «Verkriechen Sie sich nicht!» Seit ihrem Zusammenbruch mit 39 hat Stutz einen Beistand. Sie hat sich daran gewöhnt. Ohne, sagt sie, hätte sie es nie aus der Psychiatrie geschafft, in eine Wohnung und nun sogar in die Ferien. «Mein Sicherheitsnetz» nennt sie Tolen. Doch nun, glaubt ihre Beiständin, wäre es an der Zeit, ohne Netz durchs Leben zu gehen. «Ich weiss: Sie können das!», sagt sie. Aber ihre Klientin schüttelt den Kopf. Sie will nicht.

Darf man jemanden zu Autonomie zwingen, der sich diese nicht zutraut? Gerade ältere Klientinnen und Klienten seien oft einsam, hätten ihr Umfeld nach und nach verloren, sagt Beatrice Tolen. «Wir begleiten sie. Ob sie scheitern oder nicht – wir bleiben.» Wie nahe der Abgrund ist, hat Stutz vor ein paar Jahren gemerkt. Damals starb ihre Katze – Stutz brach zusammen, musste in die Psychiatrie. Kurz darauf verlor sie ihre Wohnung und landete in einem heruntergekommenen Apartment-Hotel. Bis Beatrice Tolen ihr eine Alterswohnung besorgte.

Er nennt sich «faulen Sack»

Sandro Rosa* hat das Träumen aufgegeben. Fragt man ihn nach seiner Zukunft, sagt er: «Ich mache mir dazu

Manchmal frage sie sich selbst, warum sie das könne: die harten Schicksale ihrer Klientinnen aushalten, sagt Tolen.

keine Gedanken. Es kommt, wie es kommt. Was du dir erhoffst, wird eh nicht passieren.»

Rosa ist 27, ein freundlicher Mann mit Bart, Tattoos und lustigem Lachen. Er lebt von der Sozialhilfe, seit Jahren schon. Seine Lehre im Detailhandel musste er einst abbrechen, weil sein Arbeitgeber in Konkurs ging. Danach jobbte er als Verkäufer, Schlosser, Logistiker, Zügelmann. Bis er keinen Job mehr fand und irgendwann auch keinen mehr suchte.

«Ich habe lange gekämpft», sagt Sandro Rosa. Aber für einen wie ihn sei es schwierig. Rechnungen, Budgets, Bewerbungen, Behördengänge: All das überfordere ihn. Er hat die Diagnose ADHS, aber für eine Invalidentrente reicht es nicht. «Ich brauche Hilfe», sagt Rosa, «aber ich bin manchmal auch ein fauler Sack, das darf man ehrlich sagen.»

Da lacht er und zwinkert der Frau zu, die vor ihm sitzt: Beatrice Tolen, seine Beiständin. Sie lacht zurück, schüttelt aber leicht den Kopf. Dass er wieder einen Anlauf nehmen, nicht so leicht aufgeben soll: Es ist ihr Mantra in diesem Gespräch, das manchmal wirkt wie eines zwischen Mutter und Sohn. Sagt er: «Wir müssten uns mal um ein günstigeres Handy-Abo kümmern», sagt sie: «Wir?», zieht die Augenbraue hoch. «Es ist doch Ihr Abo!»

Eine Beiständin darf zwar viel, aber das heisst nicht, dass sie ihren Klienten alles abnimmt. «Zerren nützt nichts. Zu Hilfe kann man niemanden zwingen», sagt Tolen. «Wir müssen ihnen wo immer möglich ihre Freiheit lassen. Und sie müssen, wo immer möglich, selbst ihre Probleme lösen – oder es zumindest versuchen.» Sandro Rosa ist im Zürcher

Oberland aufgewachsen. Seine Jugend hat er in Kinderheimen und Gastfamilien verbracht. «Meinen Rucksack» nennt er diese Zeit. «Dumme Jugendsünden» das, was er damals tat: das Kiffen, die nicht bestandene Urinprobe, die Flucht, die Rückkehr ins Heim, wie er dort einen Mitarbeiter schlug, ins Jugendgefängnis kam und, wieder draussen, Velos und ein Auto klate. «Ich war ein Tubel», sagt Rosa. «Immer wurde ich erwischt.»

Jetzt sitzt er in seiner Wohnung, draussen eine laute Strasse. Ein Tisch, eine grosse Spanien-Flagge, ein Schlüsseltisch mit der heiligen Jungfrau Maria. Und viele Probleme, für die Tolen mit ihm eine Lösung sucht. Da sind die Schulden bei seinem Telekom-Anbieter. Sein Kaputtter Kühlschrank samt rüinertem Wocheneinkauf. Sein Budget, das jeweils nur bis am 19. des Monats reiche. «Danach gibt es noch Wasser und Fertigsuppe», sagt Rosa. «Oder ein Freund lädt mich ein.»

Sein grösstes Problem aber ist sein Vermieter. Der habe ihm während Monaten zu hohe Nebenkosten berechnet. Ein Experte, den Tolen ins Haus kommen liess, hat das kürzlich bestätigt. Lange wollte Rosa sich nicht wehren – aus Angst vor einer Kündigung. Nun aber sind seine wenigen Reserven aufgebraucht. Tolen muss einschreiten – es geht nicht anders. «Ich werde ihn betreiben müssen, wenn sich nichts tut», sagt sie zu ihrem Klienten. «Dann kann es auch für Sie ungünstlich werden.» – «Egal», sagt Rosa. «Ich lebe schon genug wie ein Hund.»

Wenn Beatrice Tolen am Ende des Tages in ihr Auto steigt und nach Hause fährt, sieht sie aus dem Fenster ihre Fälle vorbeiziehen. Dort der Hof des psychisch angeschlagenen Bauern, der gerade in U-Haft sitzt. Dort der Wohnblock der Einwandererfamilie, deren Vater nach einem Unfall nicht mehr arbeiten kann und tief in den Schulden steckt.

Und dort das Haus der Frau, die Tolen sterbend in ihrer Wohnung fand, im Alkohol-Koma. 25-mal hatte sie sie zuvor ins Spital begleitet. Dieses Mal kam sie fast zu spät. Sie rief die Rettung, zwei Wochen hing das Leben der Frau am seidenen Faden. Dann erholte sie sich. «Heute», sagt Tolen, «ist sie wieder gleich unterwegs wie damals.»

Für jemanden, der den ganzen Tag lang empathisch ist – mal wie eine Schwester, mal wie ein Coach, mal wie eine Mutter spricht –, bleibt Tolen erstaunlich ruhig, wenn sie von den schwierigen Seiten ihres Jobs erzählt. Sie wurde schon angeschrien und bedroht. Ein wütender Klient notierte ihre Autonomnummer, um an ihre Privatadresse zu kommen. Einen anderen musste die Polizei mit Pfefferspray traktieren und in Handschellen abführen, weil er nicht von ihr abliess. Erst kürzlich entzündete ein Mann im Treppenhaus vor ihrem Büro ein Feuer. Tolen sagt: «Wir haben jetzt einen neuen Bodenbelag.» Manchmal frage sie sich selbst, warum sie das könne: die harten Schicksale ihrer Klientinnen aushalten, sie jeden Tag besuchen – im Wissen, dass sie ihnen oft nicht helfen kann.

Nötige Abgrenzung

Viele ihrer Kolleginnen und Kollegen haben Mühe damit: Obwohl die meisten mit der Arbeit selbst zufrieden sind, erwägen laut einer Umfrage des nationalen Berufsverbands 40 Prozent der Beistände einen Stellenwechsel. Gemäss der besten verfügbaren Schätzung gibt es schweizweit rund 2500 bis 2600 Berufsbeistände. Pro Vollzeitstelle betreuen sie im Schnitt 67 Fälle. Es ist ein Berufsstand unter Druck: Die Hälfte bleibt weniger als fünf Jahre im Job. Ein Drittel berichtet von regelmässigen arbeitsbedingten Schlafstörungen. Ein Fünftel hatte schon ein Burnout.

«Ohne Abgrenzung geht es nicht», sagt Tolen. «Man darf die Probleme der anderen nicht zu den eigenen machen.» Manchmal kommt ihr diese Haltung hart vor. Aber dann denkt sie an alle Wohnungen, die sie damit vermittelt, alle Klienten, die sie so in die Unabhängigkeit geführt hat. «Ich kann diese Menschen, ich kann die Welt nicht retten», sagt Tolen. «Aber ich kann sie etwas erträglicher machen.»

* Alle Namen von Betroffenen geändert.

Messerverbot am Seebecken und an Festen

Nach Solingen nimmt die SVP eine alte Idee auf

TOBIAS MARTI

Seit in Solingen ein syrischer Terrorist mit einem Messer drei Personen getötet hat, erreicht in Deutschland die Angst vor Messerstechern einen neuen Höhepunkt. Im Nachbarland wird über Messerverbotzonen debattiert und darüber, ob Messer bereits ab einer Klinglänge von sechs Zentimetern unter das Waffengesetz fallen sollen, wie Bundesinnenministerin Nancy Faeser dies vorsieht. Nun erreicht die Debatte auch Zürich. Die SVP will im Stadtparlament vom Stadtrat wissen, ob auch hierzulande entsprechende Messerverbotzonen denkbar wären. Als mögliche Verbotzonen nennen die Initianten unter anderem das Seebecken, Bahnhöfe, Tramhaltestellen, Quartierfeste, Volksfeste, Schulen oder Asylunterkünfte. Auch fragen die SVP-Politiker, ob diese Zonen zeitlich und örtlich beschränkt werden könnten.

In Zürich reagiert die Politik skeptisch auf mögliche Verbotzonen. Der FDP-Gemeinderat Andreas Egli bezeichnet die Idee als eine «Alibi-Übung». Niemand, der ein Attentat mit einem Messer plant oder der sowieso kriminell und gewaltbereit sei, lasse sich wegen eines Verbots davon abhalten. Mit einem Verbot würden dagegen alle anderen kriminalisiert, sagt er weiter.

Egli, der in der Sicherheitskommission sitzt, findet, das Risiko von Messern für Polizistinnen und Polizisten werde von der Bevölkerung unterschätzt. «Es ist aber ein Problem, ein solches Verbot durchzusetzen. Die Polizei muss sich dann wieder rechtfertigen, warum sie manche Personen kontrolliert und andere nicht.»

Handhabe für Polizei

Die SVP ist eigentlich nicht bekannt dafür, eine Verfechterin von Verboten zu sein. Yves Peier will seinen Vorstoss denn auch nicht als eine solche Forderung verstanden wissen. Vielmehr geht es darum, zu erfahren, wie Zürich mit dem Messerproblem umgehe. Auch sei es für ihn «nebulös», ob die Stadt Zürich überhaupt eine entsprechende Strategie habe. Peier sagt: «Es interessiert mich nicht, ob nun ein Schweizer oder ein Asylbewerber zum Messer greift.» Für ihn sei jedes Messer im öffentlichen Raum eines zu viel.

Mit einer Verbotzone erhofft er sich für die Polizei eine mögliche Handhabe, um aggressiv auftretende Gruppen auf Messer zu kontrollieren und ihnen diese abzunehmen. So könnten weitere Straftaten verhindert werden, erklärt Peier. Als einen Konfliktbereich und damit eine potenzielle Verbotzone sieht er das Zürcher Seebecken. Gemäss der Kriminalitätsstatistik hätten hier die Delikte stetig zugenommen.

Tatsächlich gibt es das Bestreben, das Zürcher Seebecken sicherer zu machen, nicht erst seit Solingen. Nachdem es 2019 vermehrt zu Messerstechereien gekommen war, lancierte der damalige städtische Polizeikommandant Daniel Blumer die Idee einer Alkohol- und Waffenverbotzone. Weder die Stadt- noch die Kantonspolizei will sich auf Anfrage zur Idee eines Verbots äussern. Der Zürcher Stadtrat hat nun drei Monate Zeit, um die Anfrage der SVP zu beantworten.

Jüngst sorgte der Angriff eines jugendlichen IS-Anhängers für Entsetzen. Dieser stach im März in Zürich auf einen orthodoxen Juden ein und verletzte ihn lebensgefährlich. Auch die Statistik spricht eine deutliche Sprache: So hat sich die Zahl der Messerattaken in Zürich innert fünf Jahren verdoppelt, wie die Kriminalstatistik für das Jahr 2023 zeigt. Von 50 Fällen im Jahr 2019 stieg die Anzahl Messerattaken jüngst auf 105. Erfasst sind dabei Tötungs-

delikte, versuchte Tötungen sowie einfache und schwere Körperverletzungen.

Bei den Tatverdächtigen handelt es sich häufig um ausländische Männer. 71 der 105 registrierten Gewalttaten mit Stichwaffen gehen auf ihr Konto, ein Fünftel der Beschuldigten sind ausländische Jugendliche. Es werden auch mehr minderjährige Schweizer verzeichnet, die zur Stichwaffe greifen. Eine Umfrage der Stiftung für Kinder- und Jugendförderung (Mojuga) unter 170 Jugendlichen ergab beispielsweise, dass 65 Prozent der männlichen Teenager im Alltag regelmässig ein Messer auf sich tragen.

Inwiefern Verbotzonen einen Einfluss haben, ist allerdings umstritten. In deutschen Grossstädten wie Köln und Hamburg gibt es diese. Die Polizei kontrolliert dort und verhängt bei Zuwiderhandlungen mitunter eine Busse – von 250 Euro. Trotzdem zählte die deutsche Polizei im vergangenen Jahr 9000 Messergriffe.

In Zürich reagiert die Politik skeptisch auf mögliche Verbotzonen. Der FDP-Gemeinderat Andreas Egli bezeichnet die Idee als eine «Alibi-Übung». Niemand, der ein Attentat mit einem Messer plant oder der sowieso kriminell und gewaltbereit sei, lasse sich wegen eines Verbots davon abhalten. Mit einem Verbot würden dagegen alle anderen kriminalisiert, sagt er weiter.

Egli, der in der Sicherheitskommission sitzt, findet, das Risiko von Messern für Polizistinnen und Polizisten werde von der Bevölkerung unterschätzt. «Es ist aber ein Problem, ein solches Verbot durchzusetzen. Die Polizei muss sich dann wieder rechtfertigen, warum sie manche Personen kontrolliert und andere nicht.»

Mehr Prävention verlangt

Die SP-Gemeinderätin Anna Graff, ebenfalls in der Sicherheitskommission, findet es «durchaus prüfenswert», zusätzliche Messerarten grundsätzlich zu verbieten. Es sei kaum möglich, das bestehende Verbot durchzusetzen. Das gleiche Problem dürfte es mit allfälligen Verbotzonen geben. Erfahrungen von Waffenverbotzonen in Deutschland zeigen zudem, dass «Reacial Profiling aufgrund vermehrter vermeintlich verdachtsunabhängiger Personenkontrollen» begünstigt werde. Um das Messerproblem zu lösen, sind laut Graff andere Massnahmen notwendig. Hebel dazu sieht sie in der Früherkennung sowie bei der sozialen Integration.

Auch die GLP-Gemeinderätin Carla Reinhard schätzt den Personaleinsatz für die Kontrolle einer Messerverbotzone als «extrem hoch und damit unrealistisch» ein. Sie plädiert für mehr Prävention und Aufklärung, «gerade was die Online-Radiokalisierung und Gewaltverherrlichung von jungen Männern betrifft». Reinhard befürwortet die breitere Ausstattung mit Tasern. Damit könne die Polizei «Messer-Gefährder aus einer sicheren Distanz überwältigen».

ANZEIGE

Jürg Hoss • Liquidator

Liquidation Park Hotel Gstaad *****

Infolge Umbaus gelangen im Auftrag der Grand Hotel Park SA die Hotel-, Restaurant- und Wellnesseinrichtungen, die Küchengeräte, das Hotel-silber sowie viele Gastroartikel im Detail zum Verkauf.



Bilder und Details: www.hoss-liquidator.ch

Freie Besichtigung und Verkauf:

Donnerstag bis Dienstag, 5. bis 10. September 2024

von 9.00 bis 17.00 Uhr (Sonntag geschlossen)

Wispilenstrasse 29, 3780 Gstaad

Parkhaus Ober-Gstaad, Lauenenstrasse 34, Gstaad

www.hoss-liquidator.ch